

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/186

Bad Godesberg, den 28. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Richtungskämpfe ? 39

Zur Krise in Berlin - Die Verantwortung der SPD

2 - 3 Blick auf Nordrhein-Westfalen 70

Düsseldorfer Opposition um jeden Preis ?

Von Klaus Rusticus

4 M E T E O R 36

Erste Meßfahrt eines Schiffes mit Strahlenantrieb

5 Spanien ratlos gegenüber heimkehrenden Gastarbeitern 33

Von Hermann Deul, Madrid

* * *

Richtungskämpfe ?

Zur Krise in Berlin - Die Verantwortung der SPD

j-n = Der Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Heinrich Albertz, hat nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt große Beachtung gefunden. Dies ruft deutlich in Erinnerung, welchen Rang, welchen Ruf und welche Bedeutung Berlin im internationalen Geschehen nach wie vor hat. Berlin ist nicht irgendeine Stadt, nicht irgendein Bundesland. Seine besondere Situation nur rechtfertigt die Sorge, mit der allenthalben die Vorgänge in Berlin registriert werden.

Dabei muß man sich freilich vor falscher Bewertung hüten. Wenn zum Beispiel von interessierter Seite die Behauptung aufgestellt wird, es handele sich um schwerwiegende politische Richtungskämpfe in der Berliner SPD, so ist eine solche Darstellung schlicht falsch. Tatsächlich hat der Landesausschuß der Berliner SPD noch am vergangenen Samstag auf einer Sitzung, die dem Rücktrittsschluß des Regierenden Bürgermeisters Albertz vorausging, einstimmig eine Entschließung verabschiedet, die in sehr dezidiertester Form die politischen Auffassungen der Berliner SPD wiedergibt, Auffassungen, die sich mit denen der gesamten SPD, aber auch mit der Politik der Bundesregierung decken. Das verständliche Interesse der Öffentlichkeit an personellen Fragen hat offenbar die Tatsache verdeckt, daß politisch völlige Einmütigkeit dokumentiert worden ist.

Weil das so ist, weil es sich nicht um politische, sondern personelle Fragen handelt, stößt auch die vom Berliner CDU-Vorsitzenden Amrehn und anderen Politikern der Unionsparteien erhobene Forderung nach Neuwahlen ins Leere. Sie steht einer Partei um so weniger an, die eine solche Forderung in einer Zeit ignorierte, als es sich in der von ihr selbst getragenen Koalition in Bonn um eine echte politische Krise handelte, die auf schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen und nicht nur auf personellen Meinungsverschiedenheiten beruhte. Nicht umsonst hieß es in der Regierungserklärung, der Bildung der neuen Regierung der Großen Koalition sei "eine lange schwelende Krise" vorausgegangen.

In Berlin geht es also nicht um die Lösung politischer, sondern lediglich personeller Fragen. Diese Lösung muß bald und überzeugend gefunden werden. Die besondere Bedeutung Berlins, die sich gerade in der weltweiten Aufmerksamkeit dieser Tage erneut dokumentiert, legt der Deutschen Sozialdemokratie eine große Verantwortung auf. Die Öffentlichkeit darf sicher sein, daß die SPD ihre Erwartung nicht enttäuschen wird.

Blick auf Nordrhein-Westfalen

Düsseldorfer Opposition um jeden Preis ?

Von Klaus Rusticus

In Nordrhein-Westfalen bewies Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) eindeutig, daß er nicht gewillt ist, ein Regierungsamt "um jeden Preis" fortbestehen zu lassen, wenn es sich als wenig sinnvoll herausstellte. Nach dem er zwei Ministerien (Bundesangelegenheiten und Wirtschaft) unter dem neuen Wirtschaftsminister Dr. Fritz Kasemann (SPD) koordiniert und damit einen von der SPD selbst gestellten Minister "eingespart" hatte, löste er das erst vor neun Monaten (als Erbe der vorherigen CDU/FDP-Koalition) geschaffene "Landesamt für Jugend, Sport und Bildung" auf und versetzte zwei Staatssekretäre in andere Landesministerien, die - ebenso wie die Staatskanzlei in Düsseldorf - die Aufgaben der bisherigen Landesdienststelle übernahmen.

Flexibilität in der Regierungsarbeit

Kühn gab damit zu verstehen, daß gerade eine Regierung, welche sich großen Problemen gegenübersteht, sachlich schnell handeln, aber auch flexibel sein muß. Nicht überall in bundesdeutschen Ländern werden Sach- und Personalfragen so konsequent wie in Düsseldorf angepackt. Trotzdem reagierte die CDU-Opposition im Landtag Nordrhein-Westfalen eigenartig darauf. Oppositionschef Dr. Lenz stellte dem Ministerpräsidenten z.B. die lapidare Frage, wann er nun eigentlich zu regieren beginnen wolle...

Das ist - freundlich definiert - ein Beispiel von vielen der "Düsseldorfer Opposition um jeden Preis", die sicher nicht von allen CDU-Politikern gebilligt wird.

Billige Praktiken

Aus den Praktiken der CDU in Düsseldorf spricht offensichtlich immer wieder die Verärgerung darüber, daß sie in die Rolle der Opposition gedrängt wurde. Wie könnte man sonst, um auf ein weiteres Beispiel zu kommen, die Reaktion der CDU-Landtagsfraktion auf eine Einladung vom Justizminister Neuberger zum Besuch von Haftanstalten anders bewerten? Eine solche Besichtigung durch eine so große Anzahl Abgeordneter, so teilte die CDU-Fraktion mit, sei nicht geeignet, verlässlich Einblick in den Strafvollzug zu vermitteln.

Ministerpräsident Kühn und sein Justizminister hatten kurz vorher den "Klüngelpütz" in Köln ohne vorherige Ankündigung einen Besuch abgestattet.

Zur Zusammenarbeit bereit

Die SPD/FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen hat immer wieder Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der CDU-Opposition gezeigt, weil sich das gemeinsame Handeln durch die aktuelle Tagespolitik aufzwingt. Den

treffendsten Beweis hierfür lieferte Ministerpräsident Kühn, als er sich für die Bildung der "Kohlefraktion" einsetzte. Brennende Probleme gemeinsam zu lösen, ist den Menschen an Rhein und Ruhr dienlicher als Opposition um jeden Preis zu betreiben und sie angesichts stereotyper, wenig konstruktiver Wiederholungen zur Obstruktion werden zu lassen. Das hat nicht nur bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen den Verdacht ausgelöst, daß für die CDU im größten Bundesland bereits der nächste Landtagswahlkampf begonnen hat.

Minister Kaßmann: "Aufwärtsentwicklung"

Im ersten Halbjahr 1967 verzeichnete das Ruhrgebiet einen Bevölkerungsrückgang von 26 237 Bürgern (davon allein über 6 000 in der Ruhrmetropole Essen) gegenüber 33 300 in ganzen Jahre 1966. Diese Abwanderungstendenz ist fraglos die Folge von Zechenstillegungen und anderen konjunkturellen Auswirkungen, die aber den Glauben an die Zukunft des Ruhrgebietes nicht erschüttern dürfen und können.

Die Regierung Kühn ist - wie kein anderes Bundesland - bestrebt, alle Möglichkeiten und Chancen, die das zweite Konjunkturprogramm und überhaupt die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung bietet, im Rahmen einer gezielten Wirtschafts- und Strukturpolitik zu nutzen. Wirtschaftsminister Kaßmann (SPD) erklärte vor kurzem, in Nordrhein-Westfalen zeigte sich ebenfalls eine neue wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, wenngleich man noch eine sehr schwierige Zeit vor sich habe.

Frei von jedem Zweckoptimismus bestärkt die Regierung in Düsseldorf ihre Bürger im Glauben an die Zukunft und im gegenseitigen Vertrauen. Daß man dabei "aufs engste mit der Bundesregierung zusammenarbeiten wolle, weil auch in Bonn die meisten Entscheidungen fallen", erwähnte Minister Kaßmann ausdrücklich.

Gewiß wird die Regierung Kühn auch in Zukunft nicht gewillt sein, für Nordrhein-Westfalen unvertretbare "Bonner Entscheidungen" ohne weiteres zu akzeptieren. Primär bleibt der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Bonn und Düsseldorf oder anderen Bundesländern. Das gilt ebenso für die Opposition ... in Bonn oder in Düsseldorf. Nicht vom politischen Inhalt, doch in der Taktik sind sich die Oppositionen im Bundestag und im Landesparlament Nordrhein-Westfalen ähnlich, obwohl es nicht, wie bekannt, die gleichen Parteien sind.

M E T E O R

Erste Meßfahrt eines Schiffes mit Strahlenantrieb

K1 - Kiel

K1 - Dieser Tage ist das deutsche Meeresforschungsschiff METEOR von einer einmaligen Meßfahrt aus der Ostsee zurückgekehrt, die am vierten September begonnen hat. Das Schiff fuhr ohne Schraube und wurde durch die Schubleistung von drei Strahltriebwerken angetrieben, die sonst in dem Jagdbomber F 84 eingebaut sind. Noch niemals hat ein großes Schiff eine Meßfahrt unternommen, bei der es mit Strahltriebwerken statt mit Schrauben angetrieben wurde. Die Schiffbautechniker in der ganzen Welt warten schon auf die Auswertung der METEOR-Fahrt. Sie erwarten nun detaillierte Kenntnisse über das Verhalten von großen Schiffskörpern bei der Fahrt durch die Weltmeere.

Hinter dem Versuch der METEOR, die mit einer Schubleistung von maximal 30 Tonnen durch die Ostsee gedrückt wird, stehen natürlich auch handfeste merkantile Überlegungen. Vor allem die Reeder von Großtankern verlangen heute, daß die gewünschte Maximalgeschwindigkeit der Schiffe nicht mehr als 0,5 Prozent unterschritten und daß die Maschinenleistung mit Abweichungen von nur zwei Prozent genau dimensioniert ist.

Werden diese Daten unterschritten, so sind hohe Konventionalstrafen zu zahlen. Das kann bei Tankern von 200.000 Tonnen in die Millionen gehen. So kommt es denn, daß die Werften schon von vorneherein ihre Maschinenleistungen überdimensionieren, um dem Risiko zu entgehen. Sie waren bis jetzt nicht in der Lage, anhand genauer wissenschaftlicher Daten über den Reibungswiderstand des Schiffskörpers im Wasser die Maschinenleistungen auftragsgemäß festzulegen. Auch bei den rund 50 Schiffbauversuchsanstalten, wo mit kleinen Schiffsmodellen im Wasserbecken experimentiert wird, kam man nicht zu korrekten Ergebnissen.

Die Meßfahrten der METEOR in der Ostsee bringen somit eine schiffbautechnische und wissenschaftliche Bereicherung für die Konstrukteure von Tankern in der ganzen Welt. Die Strömungsmessungen im Bereich des Hinterschiffs der METEOR können in Verbindung zu denen gesetzt werden, die dann festgestellt werden, wenn das Schiff mit Schrauben angetrieben wird. Die METEOR besitzt an Bord bereits zur Erfüllung anderer Forschungsaufgaben komplizierte Meßeinrichtungen und Elektronenrechner. So kann man davon ausgehen, daß der Großversuch, den die deutsche Forschungsgemeinschaft unter dem Berliner Flugtechniker Professor Schuster für 400.000 DM durchführen läßt, zu genaueren und brauchbaren Erkenntnissen kommt.

Spanien ratlos gegenüber heimkehrenden Gastarbeitern

Von Hermann Deml, Madrid

Im gleichen Augenblick, als Bundeswirtschaftsminister Schiller der deutschen Wirtschaft nach ihrer bald einjährigen Talfahrt dringend rät, wieder Gas zu geben, rechnen Spaniens Wirtschaftsplaner mit einem europäischen Winter des Mißvergnügens. Die für diesen Sommer befürchtete Rückflut Tausender von Gastarbeitern aus der Bundesrepublik, Frankreich und den Benelux-Ländern ist zwar ausgeblieben, doch sind schon wieder die Unkenrufer am Werk, die für den kommenden Winter eine derartige Massen-Rückwanderung spanischer Auslandsarbeiter voraussagen. Nach wie vor würde ein Rückstrom solchen Ausmaßes für Spanien katastrophal ausgehen.

Spanische Berichte, die eine Winter-Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik für 800.000 Beschäftigte voraussagen, sind todsicher übertrieben, Belgien muß mit 300.000 Arbeitslosen rechnen, Holland mit einer ähnlichen Quote, Frankreich versucht, durch verstärkte Ausgaben der Öffentlichen Hand einer Winterflaute zu entgehen, und nur Italien meldet für den kommenden Winter eine steigende Konjunktur. Die bisher nicht ungünstige Entwicklung in der Bundesrepublik läßt die spanischen Auswanderungsfachleute hoffen, daß die etwa 138.000 spanischen Gastarbeiter nicht in die Heimat zurückkehren müssen. Wie sich die Wirtschaftslage in den Benelux-Ländern und Frankreich bis zum Winter entwickelt, läßt sich nicht genau voraussagen. Für die Spanier - etwas mehr als eine halbe Million von ihnen arbeiten allein in Frankreich - bleibt nur der schwache Trost, daß die Winter-Rezession nur kurzfristig sein wird.

In den Amtsstuben der Madrider Auswanderungsbehörde beginnt dennoch das große Kopfzerbrechen. Kommt es zur Massen-Rückwanderung, dann wird Spaniens Arbeitsmarkt ohnehin stark belastet. Nach amtlichen Angaben sind ein Prozent der neun Millionen Arbeitnehmer Spaniens beschäftigungslos, nach inoffiziellen Schätzungen beträgt die Arbeitslosenquote fast vier Prozent, die Zahl der Kurzarbeiter etwa zehn Prozent. Arbeitsbehörden und Industrie in Spanien können nur hoffen, daß der europäische Winter des industriellen Mißvergnügens ausbleibt. Die deutschen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, die jetzt auch von Frankreich übernommen werden, finden daher den ungeteilten Beifall der spanischen Öffentlichkeit.